

Argument der Woche

02.04. 2009

OECD sagt Jobkatastrophe für Deutschland voraus

Fünf Millionen Arbeitslose bis 2010

Die Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) sagt dies für Deutschland voraus. Die Bundesregierung müsse dringend mit weiteren Milliarden gegensteuern - was die Kanzlerin aber vehement ablehnt.

Nach der neuen Prognose wird die Wirtschaftsleistung in Deutschland in diesem Jahr um 5,3 Prozent einbrechen. Nach Japan leide Deutschland am stärksten von den sieben großen Industriestaaten unter der Krise. Die OECD erwartet für die Industrieländer ein Minus von 4,3 Prozent.

Während in Japan die Regierung neue Wirtschaftshilfen plant, lehnt sie Bundesregierung ein weiteres Konjunkturpaket bisher ab. Japan nimmt erneut umgerechnet 157 Mrd. Euro in die Hand. Das Programm soll zwei Millionen neue Jobs schaffen. In Japan ist dies das 3 Konjunkturpaket. Deutschland hat im Kampf gegen den Abschwung bislang insgesamt nur rund 80 Mrd. Euro locker gemacht.

"Die deutsche Wirtschaft wird mit am stärksten betroffen sein vom Einbruch des Welthandels", sagte OECD-Chefvolkswirt Klaus Schmidt-Hebbel

am Dienstag. Die Zahl der Arbeitslosen werde 2010 die Marke von fünf Millionen übersteigen. "Wegen der stark steigenden Arbeitslosigkeit sollten weitere Maßnahmen vor allem das Ziel haben, Arbeitslose wieder in Beschäftigung zu bringen", sagte Schmidt-Hebbel.

Von den 80 Mrd. Euro stehen Schmidt-Hebbel zufolge weniger als zehn Prozent für eine aktive Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung.

Deshalb fordert die LINKE:

100 Milliarden für zukunftsfähige Industrien statt Massenentlassungen

Für die zukunftsfähige, sozial-ökologische Entwicklung industrieller Arbeitsplätze muss ein Zukunftsfonds von 100 Milliarden Euro eingerichtet. Damit sind Unternehmen bei der Umstellung der Produktion auf energie- und rohstoffeffiziente Verfahren und Qualitätsprodukte zu unterstützen. Die Gelder dürfen nur als Beteiligungen, verbunden mit einer Ausweitung der Mitbestimmungsrechte der Belegschaften und Gewerkschaften auf die Geschäftspolitik, vergeben werden. Die demokratische Kontrolle über die Beteiligungen muss durch Gremien aus Vertretern der öffentlichen Hand, Betriebsräten und Gewerkschaften sowie Umwelt- und Sozialverbänden, Handels- und Handwerkskammern sowie Sparkassen erfolgen.

DIE LINKE.
LANDESVERBAND HESSEN

